

Antrag

der

Abgeordneten Hauser, Dr. Aigner, Johann Girtler,
Traxler, Hödermayr, Klehmayr, Weiß, Brandl, Pischik,
Frankenberger, Wiesmaier und Genossen,

betreffend

die Gewährung von weiteren Notstandsgeldern an die durch die Unwetter-
katastrophe vom 9. Juli 1919 geschädigten Bezirke des Landes Oberösterreich.

Zur Vinderung der Notlage, welche in den Bezirken Berg, Böcklabruck, Freistadt, Gmunden und Kirchdorf infolge der Unwetterkatastrophe vom 9. Juli l. J. entstanden ist, wurde seitens der Regierung in aner kennenswerter Weise ein Betrag von 300.000 K bereitgestellt. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Summe entfernt nicht hinreicht, um den Betroffenen eine halbwegs entsprechende Hilfe zu gewähren. Sollen die Schäden nur einigermaßen eriebt werden können, so bedarf es mindestens der Gewährung eines weiteren erheblich größeren Notstandskredits als des bereits bewilligten.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

„Der Staatssekretär für Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatssekretär für Inneres und Unterricht, für die Bezirke Berg, Böcklabruck, Freistadt, Gmunden und Kirchdorf aus Staatsmitteln eine der Höhe des Schadens entsprechende Geldunterstützung flüssig zu machen.“

In formaler Beziehung wolle dieser Antrag ohne erste Lesung dem Finanz- und Budgetausschusse zugewiesen werden.

Wien, 5. Dezember 1919.

Jos. Hajner.
Bogl.
Wigany.
Weiser.

Pischik.
Frankenberger.
Wiesmaier.
Jos. Gruber.

Hödermayr.
Klehmayr.
Weiß.
Brandl.

Hauser.
Dr. Aigner.
Johann Girtler.
Franz Traxler.